

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 26. Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen  | 29. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2017                        |
| 27. Neuerungen bei der Finanzierung der Schulasistenz und von Integrationsgruppen in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten | 30. Finanzdaten der Gemeinden Tirols, Entwicklung 2015 bis 2017  |
| 28. Kompetenzlehrgang für Frauen "Nüsse knacken - Früchte ernten"   | 31. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2018                |
|   | 32. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2018     |
|   | <i>Verbraucherpreisindex für Mai 2018 (endgültiges Ergebnis)</i> |

## 26.

### Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

#### Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen Teils und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbetrag anzugeben. Bei Vorhaben deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim **Vorhaben/Antrag** ist im Feld „**Beschreibung**“ Folgendes anzugeben:

- **konkrete Beschreibung** des Vorhabens,
- **Darlegung (Begründung) der Notwendigkeit** der Umsetzung des Vorhabens unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und allfälliger Schwerpunktsetzungen der Gemeinde und
- **gegebenenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen** des Vorhabens.

Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, sollen unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über die/den BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

### Stabilitätspakt

Im Hinblick auf den Stabilitätspakt werden Bedarfszuweisungsmittel vorrangig nur mehr für Vorhaben gewährt, in denen die Aufnahme von Darlehen maastricht-relevant ist. Dazu zählen z.B. Schulen, Kindergärten, Straßen, Gemeindeämter, etc., nicht jedoch die sogenannten marktbestimmten Bereiche, wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, etc.

### Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind längstens bis **Mittwoch, den 19. September 2018**, einzubringen.

Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind grundsätzlich vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

### Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden und dem Büro des Gemeindereferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Bedeckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite oder dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben gemäß den Bedarfszuweisungsrichtlinien vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeinden unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen - wie im Vorjahr mit der Möglichkeit eines persönlichen Gesprächstermins mit Herrn Landesrat - schriftlich mitgeteilt.

### Entscheidung und Zusicherung

Der Gemeindereferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die

Gemeinde/der Gemeindeverband, das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. **Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.**

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.

### Abwicklung von Anträgen auf Auszahlung von Bedarfszuweisungen in der Gemeindeanwendung/Portal Tirol

#### Ausgangslage:

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht über die Sonderprüfung der Mittel des Gemeindeausgleichsfonds vom Sommer 2014 folgende Empfehlung gem. Art. 69 der Tiroler Landesordnung ausgesprochen:

*„Der LRH empfiehlt daher, dass im Sinne des § 13 F-VG zur effizienteren Kontrolle der Verwendung der BZW Zahlungsnachweise in Form von Rechnungen in der dafür vorgesehenen Gemeindeanwendung (Portal Tirol) eingepflegt werden. Allfällige Auszüge aus Gemeindebuchhaltungen können nach Ansicht des LRH den Nachweis mittels Rechnungen nicht ersetzen.“*

Unter Berücksichtigung dieser Empfehlung des LRH wie auch der bisherigen Praxis bei der Auszahlung der Bedarfszuweisungen, durch welche bereits bisher die widmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungsmittel sichergestellt war, wird die Ablauforganisation wie folgt festgelegt:

Die Auszahlung der seitens des Gemeindereferenten schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen erfolgt zu den vierteljährlichen Auszahlungsterminen, im Regelfall Ende März, Ende Juni, Ende September und Anfang Dezember. Diese Termine werden seitens der Abteilung Gemeinden mit dem Gemeindereferenten abgestimmt und den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften rechtzeitig bekannt gegeben.

Zur Auszahlung von schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen sind diese **von der Gemeinde** in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol (GA) mittels „Auszahlungsantrag“ zu **beantragen** und in der Rubrik „Mitteilungen“ mit einem **auszahlungsbegründenden Nachweis zu dokumentieren**.

**Taugliche auszahlungsbegründende Nachweise sind:**

**a) Rechnungen:**

Dies kommt vor allem bei Einzelvorhaben wie Ankauf eines Kommunalfahrzeuges oder Asphaltierung von Gemeindestraßen in Betracht. Diese Nachweise sind **von den Gemeinden** in die Gemeindeanwendung zu implementieren.

**b) Auszüge aus der Gemeindebuchhaltung (Kontoblätter):**

Diese sind als Nachweis, insbesondere bei Bauvorhaben zweckdienlich, da hier aufgrund des Umfangs des Vorhabens bzw. der Mehrzahl oder Vielzahl von Rechnungen eine Implementierung jeder Einzelrechnung in die Gemeindeanwendung mit einem unvermeidbaren Verwaltungsaufwand für die Gemeinden verbunden und für Prüfungszwecke nur bedingt geeignet wäre.

Aus dem jeweiligen Kontoblatt ist der zusammengefasste Überblick über die Verbuchung der Rechnungen und Zahlungen (Soll-Buchung = Rechnung und Ist-Buchung = Zahlung) ersichtlich. Außerdem handelt es sich bei diesen Kontoblättern um Dokumente aus der Buchhaltung der Gemeinde, welche nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften wie Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 - VRV 1997, Tiroler Gemeindeordnung 2001 und Gemeindehaushaltsverordnung 2012 zu erstellen sind. Zentraler Grundsatz dabei ist, dass keine Buchung ohne Beleg erfolgen darf; den Buchungen liegen somit Rechnungen und Zahlungsnachweise zugrunde.

**c) Weiters Angebote mit Auftrags- bzw. Bestellbestätigungen, Kaufverträge, etc.**

Diese können als Nachweise anerkannt werden, wenn die entsprechende **Zahlungsverpflichtung im zeitlichen Zusammenhang** mit der jeweiligen Auszahlung steht.

Diese Nachweise kommen insbesondere dann in Betracht, wenn aufgrund der lediglich vierteljährlichen Auszahlungstermine der Bedarfszuweisungen die Gemeinden eine Zwischenfinanzierung aufnehmen müssten. Nach Vorliegen der Rechnung bzw. bei entsprechender Verbuchung in der Gemeindebuchhaltung ist der Nachweis in sinngemäßer Anwendung der lit. a oder lit. b in der Gemeindeanwendung durch die Gemeinde zu dokumentieren und von der BH zu überprüfen.

Der **Auszahlungsantrag** ist seitens der Gemeinden an die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft (BH) weiterzuleiten. Die BH prüft den Antrag im Hinblick auf die widmungsgemäße Verwendung der Mittel und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit, des Bedarfes und der vorhandenen Mittel die vom Gemeindereferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Auszahlung an.

Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindereferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Die Landesregierung entscheidet darüber in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden aus.

Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für Gemeindeverbände.

*Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.*

## 27.

### Neuerungen bei der Finanzierung der Schulasistenz und von Integrationsgruppen in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten

#### 1) Bezuschussung zur Schulasistenz:

Bisher wurde auf Basis des § 14 Tiroler Rehabilitationsgesetz pro SchülerIn pro nachgewiesener Schulstunde ein Stundensatz von € 15,77 seitens des Landes gezahlt.

Dieses System, bei welchem die Finanzierung für die Gemeinden ebenfalls zum einen von der Antragstellung der Eltern der SchülerInnen mit Assistenzbedarf und zum anderen von der Anwesenheit des/der SchülerIn bzw. der Assistenzkraft abhängig war, wird mit 01.09.2018 umgestellt.

Die rechtlichen Grundlagen sind nunmehr die §§ 18, 26 Abs. 4, 27 Abs. 3 und 49 Abs. 3 Tiroler Teilhabegesetz.

Künftig bedarf es lediglich einer Antragstellung des **Schulerhalters** an die Abteilung Soziales. Diesem Antrag sind folgende Informationen beizulegen:

1. Name, Geburtstag und Hauptwohnsitz, Nachweis der erhöhten Familienbeihilfe bzw. Nachweis über den Bezug eines Pflegegeldes jener SchülerInnen, für welche Assistenz an Schulen benötigt wird;
2. Konzept, ausgearbeitet von der Schulleitung inkl. Gesamtstundenausmaß pro Woche pro Schule;
3. Stellungnahme der zuständigen Pflichtschulinspektorin und des Pädagogischen Beratungszentrums (ab 1. Jänner 2019 Bildungsdirektion).

Werden Assistenzstunden für die schulische Tagesbetreuung beantragt, so sind zusätzlich zu den oben angeführten noch folgende Unterlagen dem Antrag beizulegen:

1. Bestätigung der Abteilung Bildung (ab 1. Jänner 2019: Bildungsdirektion), mit welcher die Schule als Ganztageschule geführt wird;
2. Angaben der Schulleitung zur Struktur der schulischen Tagesbetreuung (getrennte oder verschränkte Abfolge, Aufgliederung der Assistenzstunden auf Unterrichts- und Betreuungsteile);

3. Anmeldenachweis jener Kinder, für welche Assistenz an Schulen beantragt wird und aus welchem das Ausmaß des Besuches der schulischen Tagesbetreuung hervorgeht;
4. Angaben über sonstige Förderungen seitens des Bundes für die schulische Tagesbetreuung.

Die Förderhöhe wird entsprechend der Schulasistenz-Richtlinie der Tiroler Landesregierung vom 10.07.2018 berechnet.

Die entsprechenden Anträge sind gemäß § 33 Abs. 1 Tiroler Teilhabegesetz bei der Abteilung Soziales einzubringen. Es erfolgt eine schriftliche Nachricht über die Förderhöhe.

#### 2) Bezuschussung der Integrationsgruppen in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten:

Bisher wurde auf Basis des § 8 Tiroler Rehabilitationsgesetzes pro Kind mit erhöhtem Förderbedarf pro Anwesenheitstag ein Tagsatz seitens der Abteilung Soziales finanziert, um den Aufwand für die Personalmehrkosten in Integrationsgruppen abzufedern.

Dieses System, bei welchem die Bezuschussung der Kosten der Erhalter zum einen von der Antragstellung der Eltern der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf und zum anderen von der Anwesenheit der Kinder abhängig war, wird ab 01.09.2018 umgestellt.

Die rechtlichen Grundlagen sind nunmehr die §§ 19, 26 Abs. 4 und 49 Abs. 3 Tiroler Teilhabegesetz.

Künftig bedarf es lediglich einer Antragstellung des **Erhalters** (Gemeinde, bei privaten Kindergärten der Verein, etc.) an die Abteilung Soziales.

Diesem Antrag sind folgende Informationen beizulegen:

1. Angaben über die Anzahl der Integrationsgruppe(n) und der Kinderbetreuungseinrichtung
2. Name, Geburtsdatum und Hauptwohnsitz der Kinder, denen Leistungen nach dem Tiroler Teilhabegesetz (früher Tiroler Rehabilitationsgesetz) gewährt werden (max. drei pro Gruppe)\*
3. Angaben zur Bankverbindung

\* Sollten noch keine Leistungen über das Tiroler Teilhabegesetz (bzw. dem früheren Tiroler Rehabilitationsgesetz) für das Kind bezogen werden, so sind auf Anfrage der Abt. Soziales vom Erhalter entsprechende Unterlagen (Befunde, Pflegegeldbezugsnachweis, etc.) vorzulegen, die von den Erziehungsberechtigten zur Verfügung gestellt werden

Die Förderhöhe beträgt nach § 19 Tiroler Teilhabegesetz 30 v.H. der nach § 38a Abs. 4 lit. a des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes gewährten Förderung.

Diese Förderung wird zusätzlich zur Förderung der Abteilung Bildung gezahlt.

Die entsprechenden Anträge sind **bis zum Ende des jeweiligen Kindergarten- bzw. Kinderbetreuungsjahres**, für das die Förderung bezogen werden soll, bei der Abteilung Soziales einzubringen. Es erfolgt eine schriftliche Nachricht über die Förderhöhe.

**Wichtig:** Die Förderungen nach dem Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz bleiben unverändert!

#### **Allgemeiner Hinweis:**

Sowohl für die Förderung der Integrationsgruppen, als auch für die Förderung der Schülernassistenz ist in § 49 Abs. 3 Tiroler Teilhabegesetz eine Übergangsbestimmung vorgesehen.

Bestehen also über den 31.08.2018 hinausreichende Einzelgenehmigungen nach dem Tiroler Rehabilitationsgesetz, so bleiben diese aufrecht, bzw. werden diese bei der Bemessung der Förderung nach dem Teilhabegesetz berücksichtigt.

Anfragen und Anträge können an das

**Amt der Tiroler Landesregierung**

**Abteilung Soziales**

**Eduard-Wallnöfer-Platz 3**

**6020 Innsbruck**

**Tel.: +43 512 508 2592**

**Fax: +43 512 508 742595**

[behindertenhilfe@tirol.gv.at](mailto:behindertenhilfe@tirol.gv.at)

gerichtet werden.

Um eine sichere Datenübermittlung zu gewährleisten, stellt das Land Tirol, Abteilung Soziales ein eigenes Formular „Online Formular - Sichere Kommunikation mit der Abteilung Soziales“ zur Verfügung. Dieses ist auf der Homepage der Abteilung Soziales unter dem Punkt „Formulare der Abteilung Soziales“ oder unter dem Link <https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/soziales/foerderungen/> zu finden.

*Mag. Clara Grüner-Leddihn*

*Abteilung Soziales*

## 28.

### **Kompetenzlehrgang für Frauen "Nüsse knacken - Früchte ernten"**

Frauen Mut machen und unterstützen sowie das erforderliche Handwerkszeug vermitteln für die Ausübung öffentlicher Funktionen ist Intention des Lehrgangs.

Im Herbst 2018 startet wieder ein Lehrgang. Angesprochen sind Frauen mit Verantwortung oder Funktion in Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Interessensvertretungen und/oder BürgerInnen-

Bewegungen sowie Multiplikatorinnen.

Melden Sie sich JETZT an!

Lehrgangsprogramm und Anmeldeformular finden Sie auf der Homepage der Abteilung Gesellschaft und Arbeit, Frauen und Gleichstellung:

[www.tirol.gv.at/frauen](http://www.tirol.gv.at/frauen)

29. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2017

Table with 15 columns: Bezirk-Anzahl der Gemeinden, Inset, 24 G, Ibk.-Land - 65 G, Kitzbühel - 20 G, Kulfstein - 30 G, Landeck - 30 G, Lienz - 33 G, Reutte - 37 G, Schwaz 39 G, Su. Bezirke - 278 G, Ibk.-Stadt - 1 G, Summe Tirol 279 G. Rows include various municipalities and summary totals.

1) Um Abschlussbuchungen (Posten 95') bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben; 4) Sonstige alte Gemeindeabg.; 5) Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Anknüpfungsabgabe - Minusbeiträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 6) Spielbankabgabe Casinos Innsbruck, Kitzbühel und Seefeld i.T. 7) nicht nach abgestuftem Bevölkerungsschlüssel sondern abweichend aufgeteilt; 8) Benutzungsgeldern nach § 16 Abs. 1 Z. 15 FAG (Kanal, Wasser etc.); 9) BDZw an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung - lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden; 10) inkl. beamtete Spröngelärzte; 11) Vollzeitäquivalente ohne Saisonbeschäftigte

# 30. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2017, Entwicklung 2015 bis 2017

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	TIROLER GEMEINDEN OHNE INNSBRUCK			STADTGEMEINDE INNSBRUCK			TIROLER GEMEINDEN INKLUSIVE INNSBRUCK		
	2015 (278 Gem.)	2016 (278 Gem.)	2017 (278 Gem.)	2015	2016	2017	2015 (279 Gem.)	2016 (279 Gem.)	2017 (279 Gem.)
	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Einwohnerzahl lt. Registerz. 2013/14/15	600.721	606.289	606.289	124.386	126.922	129.907	720.436	727.643	736.176
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	974.779	984.712	984.712	290.234	296.151	303.116	1.256.396	1.270.930	1.287.828
Finanzkraft I für 2017	110.237.034	114.299.077	114.299.077	28.112.828	29.014.184	29.803.686	134.739.516	139.251.216	144.102.663
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.582.474.232	1.651.306.855	1.691.231.506	343.207.323	357.405.791	358.184.436	1.925.681.555	2.008.712.646	2.049.415.942
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	224.189.371	376	257.239.687	78.244.650	94.052.455	98.275.569	302.434.021	326.670.392	449
3 Gesamteinnahmen	1.806.663.604	1.863.924.792	1.948.471.193	421.451.973	451.458.246	456.460.005	2.228.115.576	2.335.383.038	3.210
4 Personalaufwand 2)	322.537.570	342.107.523	342.107.523	78.782.503	80.729.505	82.017.284	394.676.522	416.837.028	548
5 Sachaufwand	1.268.088.999	2.111	1.325.051.990	271.135.374	282.615.465	276.274.832	1.529.234.373	1.582.951.104	2.175
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.580.636.749	2.652	1.642.443.162	343.274.146	357.344.969	358.292.116	1.923.910.895	2.070	2.748
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	210.908.293	354	234.004.639	78.244.650	94.052.455	98.275.569	289.152.943	328.057.094	461
8 Gesamtausgaben	1.791.545.042	3.006	1.964.126.016	421.518.796	451.397.424	456.567.685	2.213.063.838	2.327.845.226	3.199
Eigene Steuern:									
9 Grundsteuer A	987.167	2	1.122.624	0	11.547	0	998.840	1	997.406
10 Grundsteuer B	54.311.658	91	56.619.739	11.391.595	11.485.862	11.618.080	65.703.253	91	66.484.737
11 Kommunalsteuer	189.032.335	317	197.891.876	329	207.107.240	342	244.292.183	339	255.305.597
12 Vergnügungssteuer	1.282.047	2	1.286.882	8	965.757	8	923.415	7	2.221.977
13 Hundesteuer	1.510.122	3	1.578.341	3	1.683.454	3	1.894.219	3	2.021.748
14 Gebrauchsabgabe	6.360.512	11	7.136.743	12	7.042.148	12	13.669.444	19	15.716.160
15 Verwaltungsabgabe	3.560.952	6	3.701.461	6	3.715.051	6	5.237.984	7	5.546.923
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	3.540.025	6	3.879.076	6	4.052.670	6	11.665.094	16	12.227.426
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-12.798	0	-47.168	0	-125.867	-1	-138.465	0	-89.020
18 Interessentenbeiträge n. VerkrAutschAbgG	27.933.784	47	32.794.653	55	38.703.086	64	52.163.532	44	36.610.615
19 Summe Eigene Steuern	288.509.804	484	304.177.555	506	321.286.031	530	377.268.340	524	397.045.197
20 Abgabentransporte nach abS 5)	500.869.424	840	511.896.475	852	521.268.453	860	664.735.975	923	681.368.042
21 Spielbankabgabe 6)	1.176.603	2	1.192.555	2	1.234.129	2	2.226.784	3	2.157.325
22 Abgabentransporte nicht nach abS 7)	56.269.671	94	57.414.939	96	50.992.527	84	66.192.674	92	67.590.786
23 Summe Abgabentransporte	568.155.697	937	570.303.969	949	573.495.109	946	751.115.432	1.018	756.869.538
24 Weitere Einnahmen:									
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 8)	163.600.500	274	168.449.952	280	176.719.001	291	183.674.245	255	189.668.189
26 Bedarfszuweisungen 9)	88.634.982	149	90.642.672	151	101.154.616	167	97.634.982	136	99.721.691
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	1.099.060.983	1.844	1.133.573.758	1.887	1.172.654.758	1.934	1.391.732.999	1.932	1.437.551.231
Verpflichtungen zum 31.12.:									
28 Darlehensaufnahmen	103.764.546	174	99.785.317	166	128.209.585	211	123.764.546	172	109.785.317
29 Schulzinsen	9.146.730	15	7.872.341	13	7.475.514	12	9.562.870	13	8.256.192
30 laufende Schuldentilgung	69.566.338	117	71.406.948	119	72.757.031	120	70.857.425	98	73.108.194
31 Schuldenstand zum 31.12.	782.861.086	1.313	797.808.612	1.328	827.686.766	1.365	814.613.702	1.131	837.859.982
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	478.747.680	803	442.896.121	737	436.023.057	719	610.262.413	847	582.033.807
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	64.947.684	109	58.849.142	98	52.462.136	87	64.947.684	90	58.849.142
Vermögen zum 31.12.:									
34 Zuführungen an Rücklagen	40.839.005	69	46.310.917	77	33.808.060	56	41.400.760	57	48.308.734
35 Stand an Rücklagen	133.557.889	224	142.843.577	238	143.887.394	237	149.498.508	208	155.706.676
36 Stand an Darlehensförderungen	15.951.928	27	18.601.060	31	18.754.549	31	25.032.992	35	27.423.245
37 Stand an Beteiligungen	208.392.284	350	226.474.693	377	204.569.178	337	234.649.813	326	252.720.221
38 Stand an Wertpapieren	7.668.527	13	6.093.828	10	5.942.203	10	40.352.412	56	19.470.131
39 Zuführung an a.o. Haushalt	46.097.945	77	45.069.303	75	36.540.282	60	65.497.945	91	67.257.043
40 Zahl der Beamten 10)	252	241	233	155	149	144	390	390	377
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	6.839	7.043	7.352	1.401	1.444	1.520	8.240	8.487	8.872
42 Summe ständig Bedienstete (VZA 11)	7.091	7.284	7.695	1.556	1.593	1.664	8.647	8.877	9.249

1) Um Abschlussrechnungen (Posten 96\*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben; 4) Sonstige Abgaben aufgrund des Steuerfindungsrechtes der Länder, Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche etc.; 5) Sonstige alte Gemeindeabg.; 6) Gewerbesteuer, Grundsteuer, Anknüpfungsbabg. - Minusbeträge resultieren aus Rückstellungen (i.w. Getränkesteuer); 7) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 8) Spielbankabgabe Casinos Innsbruck, Kitzbühel und Seefeld i.T.; 9) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel sondern abweichend aufgeteilt; 10) inkl. befristete Sprengarbeiter; 11) Vollzeitäquivalente ohne Saisonbeschäftigte; 12) inkl. befristete Sprengarbeiter; 13) Vollzeitäquivalente ohne Saisonbeschäftigte; 14) inkl. befristete Sprengarbeiter; 15) Vollzeitäquivalente ohne Saisonbeschäftigte; 16) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 17) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 18) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 19) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 20) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 21) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 22) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 23) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 24) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 25) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 26) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 27) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 28) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 29) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 30) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 31) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 32) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 33) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 34) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 35) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 36) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 37) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 38) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 39) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 40) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 41) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 42) nach abgestufter Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt.

# 31.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2018

Ertragsanteile an	2017	2018	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	9.995.876	10.733.112	737.236	7,38
Lohnsteuer	20.533.531	22.247.766	1.714.235	8,35
Kapitalertragsteuer	1.659.274	2.230.425	571.150	34,42
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	636.129	869.574	233.444	36,70
Körperschaftsteuer	16.851.754	16.230.792	-620.963	-3,68
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-25	0	25	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.254	580	-674	-53,77
Stiftungseingangssteuer	6.016	6.433	417	6,94
Bodenwertabgabe	155.676	172.060	16.384	10,52
Stabilitätsabgabe	196.014	217.410	21.396	10,92
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>50.035.499</b>	<b>52.708.150</b>	<b>2.672.652</b>	<b>5,34</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	21.615.121	21.943.365	328.244	1,52
Tabaksteuer	1.262.057	1.608.839	346.782	27,48
Biersteuer	161.383	168.186	6.803	4,22
Mineralölsteuer	3.595.835	2.407.871	-1.187.964	-33,04
Alkoholsteuer	119.773	109.733	-10.041	-8,38
Schaumweinsteuer	11.646	13.333	1.686	14,48
Kapitalverkehrssteuern	2.417	1.488	-929	-38,45
Werbeabgabe	109.877	99.121	-10.755	-9,79
Energieabgabe	1.057.761	881.251	-176.511	-16,69
Normverbrauchsabgabe	486.061	512.377	26.317	5,41
Flugabgabe	93.183	51.300	-41.883	-44,95
Grunderwerbsteuer	11.229.942	10.740.062	-489.880	-4,36
Versicherungssteuer	902.092	893.330	-8.762	-0,97
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.846.671	1.831.548	-15.123	-0,82
KFZ-Steuer	102.980	108.672	5.692	5,53
Konzessionsabgabe	181.182	175.766	-5.416	-2,99
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>42.777.981</b>	<b>41.546.242</b>	<b>-1.231.740</b>	<b>-2,88</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme *)</b>	<b>92.813.480</b>	<b>94.254.392</b>	<b>1.440.912</b>	<b>1,55</b>

## 32.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2018

Ertragsanteile an	2017	2018	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	23.720.206	27.886.866	4.166.659	17,57
Lohnsteuer	145.526.962	153.183.328	7.656.367	5,26
Kapitalertragsteuer	8.730.981	10.825.936	2.094.955	23,99
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.656.774	5.541.840	885.065	19,01
Körperschaftsteuer	48.045.331	51.510.363	3.465.032	7,21
Abgeltungssteuern Schweiz	1.961	-2.310	-4.271	-217,82
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-29	-42	-14	47,17
Erbschafts- und Schenkungssteuer	5.356	83.043	77.688	1450,58
Stiftungseingangssteuer	101.095	543.433	442.337	437,55
Bodenwertabgabe	459.972	158.998	-300.974	-65,43
Stabilitätsabgabe	1.054.378	671.641	-382.737	-36,30
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>232.302.986</b>	<b>250.403.094</b>	<b>18.100.108</b>	<b>7,79</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	136.978.299	141.359.207	4.380.908	3,20
Tabaksteuer	10.316.853	10.784.776	467.923	4,54
Biersteuer	1.066.211	1.064.164	-2.047	-0,19
Mineralölsteuer	24.825.789	24.020.422	-805.366	-3,24
Alkoholsteuer	887.230	913.282	26.052	2,94
Schaumweinsteuer	148.255	153.367	5.112	3,45
Kapitalverkehrssteuern	2.192	6.674	4.481	204,41
Werbeabgabe	685.591	681.009	-4.583	-0,67
Energieabgabe	6.214.222	6.592.857	378.636	6,09
Normverbrauchsabgabe	2.448.696	2.747.687	298.991	12,21
Flugabgabe	640.048	517.683	-122.365	-19,12
Grunderwerbsteuer	71.419.342	64.583.202	-6.836.140	-9,57
Versicherungssteuer	7.000.763	7.076.835	76.072	1,09
Motorbezogene Versicherungssteuer	11.835.773	12.427.690	591.917	5,00
KFZ-Steuer	367.708	382.189	14.481	3,94
Konzessionsabgabe	1.468.268	1.656.021	187.753	12,79
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>276.305.242</b>	<b>274.967.066</b>	<b>-1.338.176</b>	<b>-0,48</b>
Kunstförderungsbeitrag	90.164	84.285	-5.879	-6,52
<b>Gesamtsumme</b>	<b>508.698.392</b>	<b>525.454.445</b>	<b>16.756.053</b>	<b>3,29</b>
Zwischenabrechnung	-9.684.057	-8.995.968	688.089	7,11
<b>Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung</b>	<b>499.014.335</b>	<b>516.458.477</b>	<b>17.444.142</b>	<b>3,50</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX</b>		
<b>FÜR MAI 2018</b>		
(endgültiges Ergebnis)		
	<b>April 2018</b>	<b>Mai 2018</b>
	<b>(endgültig)</b>	<b>(endgültig)</b>
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	104,7	104,9
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	115,9	116,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	126,9	127,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	140,3	140,6
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	147,6	147,9
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	193,1	193,4
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	300,1	300,6
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	525,6	527,6
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	671,0	672,3
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	673,2	674,5
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Mai 2018 beträgt 104,9 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für April 2018 um 0,2 % gestiegen (April 2018 gegenüber März 2018 + 0,2 %). Gegenüber Mai 2017 ergibt sich eine Steigerung um 1,9 % (April 2018/2017 + 1,8 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck